

II=3897 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1905J

A n f r a g e

1982-05-26

der Abgeordneten Dr. Heinz Kapaun
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Verzicht von Inkassoprovisionen durch den Raiffeisen-
verband Burgenland zugunsten der ÖVP-Burgenland.

Aus einer Stellungnahme der Bundesländerversicherung gegenüber dem Bundesministerium für Finanzen geht hervor, daß "dem Raiffeisenverband Burgenland seit vielen Jahren eine Inkassoprovision von 2 Prozent des über ihn geleiteten Prämienvolumens zusteht" und daß diese Provision auf Grund einer persönlichen Vereinbarung zwischen Vertretern der Bundesländerversicherung und des Raiffeisenverbandes Burgenland der ÖVP zur Verfügung gestellt wurde.

Entsprechend dieser Abmachung wurden der ÖVP-Burgenland von 1975 bis 1982 Ö.S. 1,038.016,17 überwiesen.

Kreditaufsichtsbehördlichen Sachverhaltserhebungen im Zusammenhang mit der Untersuchung des WBO-Skandals ist weiters zu entnehmen, daß Organen des Raiffeisenverbandes Burgenland in Bezug auf WBO-Geschäftsfälle eine Verletzung der kaufmännischen Sorgfaltspflicht vorgeworfen wird.

Auf Grund dieses Sachverhalts stellen daher die unterzeichneten Abgeordneten folgende

A n f r a g e :

1. Wurde durch die vorliegende Verletzung der kaufmännischen

- 2 -

Sorgfaltspflicht eine Belastung bzw. Schädigung von WBO-Siedlern bewirkt und in welchem Ausmaß.

2. Wurden die, offensichtlich bereits seit dem Jahre 1964 an die ÖVP-Burgenland geflossenen Mitteln, seitens der Bundesländer-Versicherung bzw. des Raiffeisenverbandes Burgenland steuerlich ordnungsgemäß deklariert.
3. Wurde die zutage getretene Praxis des Raiffeisenverbandes Burgenland bzw. der Bundesländer-Versicherung betreffend Überweisung von Prämien an die ÖVP auch von einem anderen Raiffeisenverband in Österreich gehandhabt und wie wurde eine derartige allfällige Vorgangsweise den Steuerbehörden gegenüber deklariert.